

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/69

Bonn, den 10. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a BULLETIN antwortet TASS 69

Das deutsche Volk will den Frieden

2 - 3 Die Misere der deutschen Auslandsschulen 89

Kulturarbeit mit alten und unzulänglichen Methoden

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4 Strompreise ... 38

Irreführung oder nicht begriffen ?

5 - 6 Wer wird Präsident in Chile ? 97

Vor entscheidenden Wahlen

Von Roberto Santamaría

Der gestern angekündigte Artikel über die Apartheid
in Südafrika kann zur Zeit aus technischen Gründen
nicht erscheinen.

Die Redaktion

Chefredakteur Günter Markscheffel

BULLETIN antwortet TASS

Das deutsche Volk will den Frieden

sp - Das BULLETIN der Bundesregierung hat heute zu der hinreichend bekannten TASS-Erklärung Stellung genommen, in der die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur am 7. März 1964 scharfe Angriffe auf die Politik der Bundesregierung richtete. Regierung und Parteien haben seinerzeit bereits die ungerechtfertigten und unsachlichen Angriffe in der TASS-Erklärung zurückgewiesen und fanden hierbei die weitgehende Unterstützung der öffentlichen Meinung.

In dem Artikel des BULLETIN wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß die damalige TASS-Erklärung keinen Ersatz für einen offiziellen diplomatischen Schritt der sowjetischen Regierung darstellt. Dem entsprechend ist auch die Veröffentlichung im BULLETIN nicht als eine diplomatische Note der Bundesregierung zu werten.

Soweit das bei der aggressiven und böserartigen Form der damaligen TASS-Note möglich war, hat sich die BULLETIN-Veröffentlichung auf die notwendige Zurückweisung unwahrer sowjetischer Behauptungen beschränkt u.a. auf die Behauptung, die "Bundesrepublik Deutschland sei der aggressivste und abenteuerlichste Staat in Europa", "militaristische Kreise gierten nach Revanche und Rache für den verlorenen Krieg", und "in der Atmosphäre des Chauvinismus könne ein neuer Hitler aufkreuzen und ungefähr die gleichen kanibalischen Losungen posaunen".

Form und Inhalt der BULLETIN-Veröffentlichung lassen erkennen, daß man in Bonn bemüht bleibt, den normalen diplomatischen Verkehr mit Moskau nicht zu verschlechtern oder gar abreißen zu lassen. Der Hinweis auf das Verständnis für die Gefühle des sowjetischen Volkes gegen Hitler und seine Politik ist ein Beweis dafür. Im BULLETIN heißt es hierzu:

- * "Wir verstehen sie nicht nur (diese Gefühle), wir teilen
- * sie; denn wir sind uns des Unheils bewußt, das er (Hitler)
- * über die Welt gebracht hat. Nicht nur das sowjetische
- * Volk, auch das deutsche hat viel unter ihm erduldet. Die
- * Bundesrepublik Deutschland sucht, soweit das materiell
- * möglich ist, das Unrecht wieder gutzumachen, das deutsche
- * und ausländische Opfer unter Hitler erlitten haben. Sie
- * führt Gerichtsverfahren durch gegen alle, die in der Zeit
- * des Nationalsozialismus Verbrechen gegen die Menschlich-
- * keit begangen haben. Das deutsche Volk will keine Wieder-
- * holung dieses Unrechts und dieser verbrecherischen Poli-
- * tik. Es will keinen Krieg, es will den Frieden."

Im Gegensatz zu dieser von der Bundesregierung und allen Parteien des Bundestages mehrfach bekräftigten Haltung verweist das BULLETIN auf die Rede von Walter Ulbricht auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin der SED am 11. Juni 1960. Damals hatte Ulbricht im Zusammenhang mit der Forderung zum Abschluß eines Separatfriedensvertrages für die sowjetische Zone erklärt, um dieses Ziel zu erreichen, wolle er selbst einen Krieg in Kauf nehmen. Und wörtlich fügte Ulbricht hinzu:

- * "Das kann die Entstehung eines Konfliktes bedeuten,
- * aber dieser Konflikt bringt weniger Gefahren als
- * das Weiterbestehen der Herde des Krieges."

Von hoeffentlich weiterwirkender Bedeutung ist der Hinweis im BULLETIN auf den Wunsch des deutschen Volkes und der Bundesregierung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion. Hier erinnert das BULLETIN an das bisher von Moskau noch nicht beantwortete Memorandum der Bundesregierung vom 21. Februar 1962, in dem dieser Wunsch eindeutig ausgesprochen wurde.

Gleichzeitig wird im BULLETIN aber auch daran erinnert, daß ein "Friedensvertrag keine Scheidungsurkunde für die künstlich getrennten Teile des deutschen Volkes" sein dürfte.

Der Artikel im BULLETIN bietet also der Regierung der Sowjetunion viele Möglichkeiten, auch auf offizieller diplomatischer Ebene, die Gespräche zwischen Bonn und Moskau dort wieder anzuknüpfen, wo sie unterbrochen wurden; beim noch nicht beantworteten Memorandum der Bundesregierung vom 21. Februar 1962. Dieses Memorandum enthält eine Fülle von konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk. Die sachliche Erörterung dieser Vorschläge könnte das Tief in den Beziehungen zwischen Moskau und Bonn, das vom deutschen Volk und von den Völkern der Sowjetunion zweifellos gleichermaßen bedauert wird, überwinden helfen.

Die Misere der deutschen Auslandsschulen

Kulturarbeit mit alten und unzulänglichen Methoden

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB.

Weit über ein Jahr sind seit der Veröffentlichung von Erwägungen über die Errichtung einer Zentralstelle für das deutsche Auslandsschulwesen verstrichen. Trotz der wachsenden Zahl kritischer Stimmen zur Entwicklung im deutschen Auslandsschulwesen ist nichts geschehen, um einer Reihe von Mängeln und Fehlentwicklungen zu steuern, die die Erfüllung einer wichtigen Aufgabe unserer Kulturarbeit im Ausland zunehmend hemmen.

Mangel an Übersicht

Beginnen wir beim Auswärtigen Amt in Bonn. Trotz steigender Aufwendungen für deutsche Auslandsschulen und einer nicht unbeträchtlichen Vermehrung der von der Bundesrepublik finanziell geförderten und unterstützten Schulen, ist das Schulreferat im Auswärtigen Amt seit Jahren hoffnungslos unterbesetzt. Bis zum Haushaltsjahr 1964 haben praktisch vier Beamte des höheren Dienstes, darunter oft über Jahre hinweg kein Pädagoge, versucht, einige hundert Schulen in aller Welt zu beaufsichtigen und zu verwalten. Dieser Versuch **k o n n t e** nicht gelingen; einmal aus den oben erwähnten Gründen und zum anderen, weil eine ausserordentlich reformbedürftige Organisation der Schulträgerschaft ausserhalb Deutschlands die Schwierigkeiten einer ordnungsgemässen Administration in unnötiger Weise wachsen liess.

Dreiviertel unserer Auslandsschulen führen ein oft eigenartiges Eigenleben, ohne jegliche zentrale und über die tatsächlichen Bedürfnisse und Probleme unterrichteten Schulaufsicht. Zudem ist die rechtliche Stellung sowohl entsandter wie örtlicher Lehrkräfte in zahlreichen Fällen mehr als fragwürdig und die Betreuung der Lehrkräfte wie die Versorgung so mancher deutscher Auslandsschule mit Lehrmaterial kümmerlich.

Ein Beispiel von vielen ...

Hierfür nur ein Beispiel unter Dutzenden: Von der deutschen Schule in Kairo 1962 bestellte Lehrmittel sind bis heute nicht geliefert. Die Beantwortung an die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik gerichteter Briefe läßt oft Monate auf sich warten, selbst wenn es sich um Bitren an das Auswärtige Amt handelt, bei der Vermittlung und Entsendung neuer Lehrkräfte behilflich zu sein.

Der zur Zeit existierende Behelfsapparat zur Koordination der zwischen Bund und Ländern geteilten Zuständigkeiten auf diesem Gebiet arbeitet trotz gegenteiliger Betreuungen viel zu schwerfällig. Für eine wirkungsvollere deutsche Kulturarbeit im Ausland ist das Fehlen einer gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Zentralstelle für das Auslandsschulwesen ein schweres Handicap, das nicht durch die in diesem Jahr erfolgende Abstellung einiger Schulfachleute in das Schulreferat des Auswärtigen Amtes behoben werden kann.

10 Millionen DM für deutsche Schulen im Ausland,
die diesen Namen nicht verdienen

Auch in seiner Struktur bedarf das deutsche Auslandsschulwesen einer gründlichen Reform. Gegenwärtig werden mindestens 10 Millionen DM für deutsche Schulen ausgegeben, die diesen Namen nicht mehr verdienen. Eine im letzten Jahr veröffentlichte allerdings sehr unvollkommene Aufstellung der deutschen Auslandsschulen und ihrer Struktur zeigt das Überdeutlich. Nur ein kleiner Teil dieser Schulen führt zur Hochschulreife. Damit entziehen sich viele dieser Schulen einem sinnvollen Kreislauf unserer auswärtigen Kulturarbeit, in der die Vermittlung der deutschen Sprache ein Kernstück darstellt, ohne das sie in ihrer bisherigen Form nicht lebensfähig ist. Wer deutsche Auslandsschulen als Mittel unserer Kulturarbeit bejaht, kann nicht für Schulen eintreten, die diese Sprachausbildung nicht sinnvoll zu einem gewissen Abschluß führen.

Man muß sich klar darüber sein, daß die deutschen Schulen in einer ganzen Anzahl von Ländern nur im geringen Umfang der Kulturarbeit der Bundesrepublik dienen, sondern lediglich Ersatz für nicht vorhandene Bildungseinrichtungen des Gastlandes sind. Hier ist aus vielerlei Gründen eine saubere Trennung vonnöten, auch wenn man von lieb gewordenen Traditionen Abschied nehmen muß. Sonst sind die großen Aufwendungen für diesen Zweck nicht zu verantworten.

Über Aufgabe, Sinn, Zweck und Wirkungsmöglichkeiten deutscher Auslandsschulen muß neu nachgedacht werden. Nur dann kann das große Maß an Idealismus und Arbeit, das von vielen, vielen Auslandslehrern und Leitern in den letzten Jahren unter oft schwierigen Verhältnissen aufgebracht worden ist, sich zum besten des Gastlandes und dessen Beziehungen mit der Bundesrepublik auswirken.

Schulbesuch nur für Kinder "gehobener" Schichten ?

Diesem positiven Effekt der deutschen Auslandsschulen steht fast überall eine Schulgeldpolitik gegenüber, die diese Schulen sowohl in Europa (z.B. in Italien und Spanien) als auch, was schlimmer ist, auf einem Kontinent wie Südamerika zu Schulen der "oberen Zehntausend" macht. Zugegebener Massen sind die Klagen deutschsprachiger Gruppen in Südamerika, daß die Kinder ärmerer deutschsprachiger Bürger infolge der prohibitiv hohen Schulgelder vom Besuch einer deutschen Schule ausgeschlossen seien, alt. Daß sich aber dieser Zustand unter der bundesrepublikanischen Ära eher noch ver schlimmert hat, ist alles andere als rühmlich. In manchen Entwicklungsländern sind die deutschen Schulen ausgesprochen Bildungseinrichtungen für die feudale Oberschicht und in ihrer Wirkung daher weit davon entfernt, was die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe anzustreben vorgeht. Die immer wieder von Lehrern und Schulleitern vorgebrachten Wünsche nach mehr Freiplätzen für begabte Kinder von weniger bemittelten Eltern oder Kindern aus oppositionellen Gruppen sind praktisch unerfüllt geblieben. Wahrscheinlich ist hier nur durch die Einrichtung eines neuen Status für unsere Auslandsschulen - wo immer möglich und durch eine Umwandlung der Trägerschaften, dort wo der Bund die überwiegenden finanziellen Lasten trägt - Abhilfe zu schaffen.

Der erste und dringendste Schritt aber bleibt die Einrichtung einer zentralen Schulaufsicht und die wirkliche Auswertung der bisher gemachten Erfahrungen. Letzteres setzt allerdings die Errichtung der zuvor erwähnten Zentralstelle oder einer ähnlichen Institution voraus.

Strompreise ...

Irreführung oder nicht begriffen ?

rd - Man denkt unwillkürlich an den alten Statistiker-Witz:
zwei Leute gehen in ein Lokal; der eine fragt, wie spät es ist und
der andere ist eine Gans. Statistischer Durchschnitt: Zwei Personen
aßen je eine halbe Gans.

Daran erinnert die Meldung, das Bundeswirtschaftsministerium
habe betont, die veränderte Umsatzbesteuerung für öffentliche Energie-
betriebe habe keine Erhöhung des allgemeinen Strompreinsniveaus zur
Folge. Begründung: durch die vorgesehene einheitliche Umsatzbesteue-
rung in Höhe von 1,5 Prozent werde das Umsatzsteueraufkommen in der
Elektrizitätswirtschaft lediglich gleichmäßig auf alle Unternehmen
verteilt und die umsatzsteuerliche Belastung der Gesamtheit der Ver-
braucher nicht erhöht.

Natürlich weiß man im Ministerium, daß es a) private Elektrizitäts-
unternehmen gibt, die bisher mit 4 Prozent Umsatzsteuer belastet
waren und b) öffentliche Versorgungsunternehmen, die nicht mit Um-
satz- und Vermögenssteuer belastet waren, weil ihnen dafür die ge-
meinkirtschaftliche Bedienung aufgebürdet ist: die sie auch darn zu
erfüllen haben, wenn sich die dafür aufgewendeten Anlagen nicht ren-
tieren. So z.B. in Grenzgebieten.

Der Initiativ-Antrag der CDU/CSU auf "einheitliche Besteuerung"
a l l e r Versorgungsunternehmen - der die Privatisierung der bün-
deseigenen WABA vorbereiten soll - sieht nun eine Steuererleichterung für
die Privatunternehmen auf 1,5 Prozent, also ein Steuergeschenk von
2,5 Prozent vor, und eine steuerliche B e l a s t u n g der öf-
fentlichen Unternehmen um 1,5 Prozent. Dafür wird den öffentlichen
Unternehmen aber keineswegs die gemeinkwirtschaftliche Bedienung ab-
genommen.

Will man uns nun vormachen, die privaten Unternehmer geben den
Öffentlichen das Steuergeschenk von 2,5 Prozent zum Ausgleich ihrer
nun gestiegenen Kosten? Oder sollen wir andererseits annehmen, die
privaten Unternehmen senken ihre Strompreise in dem gleichen Umfang,
wie sich die Öffentlichen gezwungen sehen, die ihren zu erhöhen? Der
erste Fall ist sicher ausgeschlossen und ebenso sicher der zweite;
aber selbst wenn es dazu käme, wären die Bezieher des privaten
Stroms noch nicht identisch mit den Bezieheren öffentlich erzeugter
Energie. Die einen hätten mehr, die anderen weniger zu bezahlen.

Nur das Bundeswirtschaftsministerium rechnet nach der Metho-
de des Statistiker-Witzes: "Die umsatzsteuerliche Belastung der
Gesamtheit der Verbraucher erhöht sich also nicht".

Wer wird Präsident in Chile ?

Vor entscheidenden Wahlen

Von Roberto Santamaria*

Die Republik Chile wird am 4. September 1964 ihren nächsten Präsidenten wählen. Diese Wahlen dürften von größtem Interesse sein, weil einige politische Experten die Meinung vertreten, daß Chile das erste lateinamerikanische Land sein könnte, in dem die Kommunisten mit demokratischen Mitteln an die Macht gelangen. Bei der letzten Wahl in Chile, im Jahre 1958, unterlag der von den Kommunisten unterstützte Kandidat Salvador Allende mit nur 35.000 Stimmen. Der Sieger, Jorge Alessandri, und damalige Präsident erzielte 37,6 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die Wahl am 4. September wird von drei Gruppen bestritten. Die beiden Koalitionsgruppen bestehen 1.) aus der demokratischen Front der Radikalen, den Liberalen und den Konservativen, die im Jahre 1958 Alessandri unterstützten, und 2.) aus der "Volksfront", die eine Koalition aus Kommunisten, Sozialisten, National-Demokraten und der Vanguard-Partei darstellt. Die dritte Gruppe ist die Christlich-Demokratische Partei, die erheblichen Stimmenzuwachs und politisches Gewicht bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr erhielt. Diese Partei ist bemüht, eine dritte Koalition zu bilden und versucht, hierfür die kleineren Parteien zu gewinnen.

"Demokratische Front"

Die Demokratische Front hat Julio Duran, einen Senator aus den Reihen der Radikalen, als ihren Kandidaten nominiert. Duran will seine Wahlkampagne nach der Rückkehr von einer Reise nach Europa, den USA und Lateinamerika beginnen. Er hat sich für eine Reihe von Reformen, insbesondere eine Bodenreform, ausgesprochen. Darüber hinaus beabsichtigt er, eine Reform des Erziehungswesens und der Verwaltung durchzuführen. Einige politische Führer innerhalb seiner Koalition vertreten die Auffassung, daß Duran der Masse der Wähler, vor allem außerhalb der größeren Städte, nicht gut genug bekannt ist, um Erfolg zu haben, und bestürmen daher Präsident Alessandri, sich für eine weitere Wahlperiode zur Verfügung zu stellen. Sollte er damit einverstanden sein, müßte eine Verfassungsänderung vorgenommen werden, da die Wiederwahl eines Präsidenten nicht erlaubt ist. Nach Lage der Dinge beginnt Duran seine Wahlkampagne mit einer nicht sehr starken Unterstützung durch Präsident Alessandri. Die Radikale Partei, der Duran angehört, hat in den letzten fünfundwanzig Jahren die Politik Chiles beherrscht und war in den verschiedenen Koalitionen mit rechts und links von der Mitte stehenden Parteien die führende Kraft.

Konflikt Moskau - Peking wirkt sich auch in Chile aus

Die "Volksfront" hat durch die jüngste Spaltung der Kommunisten eine Schwächung erfahren, die durch den Konflikt Moskau - Peking verursacht wurde. Seitdem für Salvador Allende im Wahlkampf 1958 ein gutes Ergebnis erzielt wurde, haben die chilenischen Kommunisten behauptet, daß sie auch durch Wahlen zur Macht kommen können. Luis

* Roberto Santamaria ist chilenischer Journalist

Corvalan, der Generalsekretär der Partei, sagte kürzlich, daß "Guerrilla-kämpfe überall dort nicht nötig sind, wo die Kommunisten die Möglichkeit haben, durch Wahlen die politische Macht zu erhalten." Große Fraktionen der chilenischen Kommunisten und Sozialisten jedoch haben heute eine Position bezogen, die näher bei Peking als bei Moskau liegt. Die Kommunistische Partei Chiles war von 1948 bis 1958 offiziell verboten; sie wurde aber von der Regierung niemals ernsthaft verfolgt. In den Wahlen von 1947 errang die Partei 6,5 Prozent der Stimmen und in den Gemeindevahlen von 1960 und 1963 9 bzw. 12,7 Prozent der Stimmen. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1958 erhielt Allende, der Kandidat der von den Kommunisten unterstützten Volksfront, 28,9 Prozent der Stimmen, nachdem er 1952 nur 5,5 Prozent für sich gewinnen konnte.

Die Christdemokraten

Der Kandidat der Christlich-Demokratischen Partei ist ihr Vorsitzender, Senator Eduardo Frei. Bei den Wahlen von 1958 gewann die Partei 20,7 Prozent der Stimmen und ging aus den kürzlichen Gemeindevahlen als die stärkste Partei Chiles hervor. Die Christlich-Demokratische Partei ist christlich-sozialistisch orientiert; sie fordert radikale Reformen und konnte in allen Teilen des Landes Erfolge erzielen. Sie hat in letzter Zeit einen Verbündeten gefunden, der sie fast ebenso stark macht wie die "Volksfront". Dieser Verbündete ist die "New Democratic Left Party" (Neue Demokratische Linkspartei), die von der National-Demokratischen Partei abgesplittert ist und die Mehrzahl der Mitglieder aus dieser Partei entzog. Die National-Demokraten unterstützten 1958 Allende; die neugebildete Partei hat sich jedoch für Frei entschieden.

Einige Chilenen wünschen, daß alle demokratischen Kräfte - Radikale, Liberale, Konservative und Christliche Demokraten - einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen sollten, da die Gefahr besteht, daß Allende durch die Zersplitterung der Kräfte die Wahl gewinnen würde. Andere aber glauben, daß zwei demokratische Kandidaten mehr Stimmen gewinnen könnten als ein einziger.

Der Kongreß kann entscheiden

Es muß beachtet werden, daß, wenn keiner die absolute Mehrheit (über 50 Prozent) erringen und Allende die meisten Stimmen bekommen würde, der Kongreß ihn trotzdem hindern könnte, die Macht zu übernehmen. Die Verfassung besagt nämlich, wenn ein Kandidat nicht die absolute Mehrheit erringen kann, der Kongreß einen der beiden Kandidaten wählen muß, der die meisten Stimmen erhielt. Traditionsgemäß wird der Kongreß denjenigen wählen, der die meisten Stimmen erhält, aber da die demokratischen Parteien über 57 Prozent der Stimmen verfügen wird man zweifelsohne nicht zögern, mit dieser Tradition zu brechen, und für Frei oder Duran und gegen Allende stimmen.

Beurteilung der Chancen

Politische Beobachter meinen, daß die Preisspirale in den Lebenshaltungskosten dem Kandidaten der Kommunisten zugute kommen dürfte, da die Volksfront die gegenwärtige Regierung für diese Entwicklung verantwortlich macht. Die Regierungskoalition wiederum behauptet, sie habe die Inflation und die wachsende Arbeitslosigkeit gestoppt durch die Abwertung des Escudo. Aber sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inflation sind in den letzten Monaten schlimmer geworden. - Die Chilenen sind eines der jüngsten Völker der Welt: 50 Prozent der Bevölkerung sind noch nicht 21 Jahre alt. Diese Tatsache und sehr verbreitetes Analphabetentum sind die Erklärung dafür, daß bei den letzten Wahlen so wenige Wähler ihre Stimme abgaben. Nur 10 Prozent der Bevölkerung ging vor 1940 zur Wahl, der Anteil der Wähler nahm aber ständig zu, so daß im Jahre 1964 zwischen 50 und 40 Prozent wählen werden. Etwa drei Millionen Chilenen werden also an der Präsidentschaftswahl teilnehmen.